

BLZ 09.01.17

Landwirte lehnen höhere Steuer auf Fleisch ab

Kreisbauernschaft weist Forderung des Umweltbundesamts zurück

OBBERG. Entschieden zurückgewiesen hat der Vorsitzende der Kreisbauernschaft Oberbergischer Kreis, Helmut Dresbach, die Forderung des Umweltbundesamtes nach höheren Steuern auf tierische Lebensmittel. Sie sollten zukünftig ebenfalls mit 19 Prozent besteuert werden. Als Grund nennt die Behörde, dass die Landwirtschaft erhebliche Verantwortung für den Klimawandel trägt.

Helmut Dresbach sieht darin eine Bevormundung der Bürger, die fatale Auswirkungen haben könnte. Denn schließlich seien Fleisch, Milch und Eier nicht nur Lieferanten lebensnotwendiger Nährstoffe

und Mikronährstoffe, sondern in ihrer optimalen Zusammensetzung kaum austauschbar. Es könne deshalb keine Lösung sein, diese hochwertigen Lebensmittel für große Teile der Bevölkerung unerschwinglich zu machen und sie so zu einer einseitigen Ernährung zu verleiten. „Milch und Fleisch sollen für jeden zugänglich sein“, fordert der Vorsitzende.

Große Sorgen um höhere Steuern muss sich Dresbach allerdings nicht wirklich machen: Sowohl Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) als auch Ernährungsminister Christian Schmidt (CSU) haben den Vorschlag der Behörde bereits abgelehnt. (kn)